

Keine Heimat zum Aufwachsen

Wenn Klimafolgen und Konflikte sich gegenseitig verstärken und Menschen zur Flucht zwingen, leiden Kinder und Jugendliche besonders. Im Gepäck ist oft nicht mehr als die Hoffnung auf bewohnbare Orte und eine sichere Perspektive.

Von Mechthild Becker und Abdullah Fahimi

Sandburgen bauen, auf Bäume klettern, in Pfützen springen. Gefangen im Alltagstrott, sehnt sich so manch Erwachsener hierzulande nach der Unbeschwertheit der Kindertage zurück. Groß waren die Abenteuer, klein die Sorgen. Kinder und Jugendliche, die in den Krisen- und Kriegsgebieten dieser Welt aufwachsen, können von unbeschwernten Kindertagen nur träumen. Ihre Kindheit ist von Unsicherheit geprägt, oft kommen Gewalterfahrungen und andere belastende Umstände hinzu. Wenn sie dann noch zur Flucht gezwungen sind, brechen mit dem Verlust des Zuhauses und der gewohnten Umgebung letzte Stabilitätsanker weg.

Neben Konflikten können auch die Auswirkungen des Klimawandels verantwortlich dafür sein, dass Kinder auf der Flucht sind – insbesondere in Kontexten, die ohnehin fragil sind. In einer immer

wärmer werdenden Welt stellen sich deshalb Fragen zu den Zusammenhängen zwischen Klimafolgen, Konflikt und Fluchtprozessen: Wie tragen Klimawandel und Konflikt – unabhängig voneinander und zusammen – zu Vertreibung bei? Wie viele Kinder sind weltweit vor Klimafolgen und Kriegen auf der Flucht und welche Auswirkungen kann dies für ihr Heranwachsen haben? In welchen Ländern und Regionen sind sie am stärksten gefährdet?

Fragen, die in Zeiten wachsender geopolitischer Spannungen auch für die globale Sicherheitsarchitektur von Bedeutung sind. Einfach zu beantworten sind sie jedoch nicht. Denn die Zusammenhänge zwischen Klimawandel und Konflikten sind komplex und entziehen sich einfacher Kausalitäten. Und auch Fluchtursachen und -treiber können in einer Welt multipler Krisen vielschichtig sein.

Zudem fallen Kinder bei Datenerhebungen oft durchs Raster.

Die vorhandenen Schätzungen zeigen jedoch bereits den dringenden Handlungsbedarf. Laut UNICEF waren Ende 2023 weltweit etwa 47,2 Millionen Kinder aufgrund von Konflikten und Gewalt sowie anderer Krisen, darunter wetterbedingte Extreme, auf der Flucht. Konflikte und Gewalt führen die Liste der Fluchtgründe an: Ende vergangenen Jahres waren schätzungsweise 28,6 Millionen Kinder aus diesen Gründen innerhalb ihrer Länder auf der Flucht – 9,2 Millionen davon neu vertrieben.

Der Sudan (4,2 Millionen), die Demokratische Republik Kongo (3,6 Millionen) und Syrien (2,8 Millionen) hatten Ende 2023 die meisten vertriebenen Kinder zu verzeichnen – Länder, die alle besonders anfällig für Klimafolgen sind. Im Fall der DR Kongo kommt hinzu, dass das Land von signifikanter Bedeutung für den globalen Klima- und Artenschutz ist, denn mit dem Kongobecken liegt der zweitgrößte Regenwald der Welt größtenteils auf seinem Staatsgebiet. Ein gutes Beispiel, warum internationale Friedensbemühungen und Klimaschutz zusammengedacht werden sollten – auch im Sinne von Kindern, denn Klimaschutzprojekte eröffnen Bleibe- und Zukunftsperspektiven.

Dem Klima entkommen

UNICEF schätzt, dass zwischen 2016 und 2021 weltweit circa 43 Millionen Mal Kinder aufgrund wetterbedingter Katastrophen innerhalb ihrer Länder vertrieben wurden. Über 90 Prozent dieser Binnenvertreibungen geschahen infolge von Überflutungen und Stürmen. Zwar ist nicht jedes Extremwetterereignis durch den Klimawandel bedingt, dieser führt jedoch dazu, dass Wetterextreme häufiger und intensiver werden. Ohne entsprechen-

de Maßnahmen beim Klimaschutz und Verbesserungen im Katastrophenmanagement könnten in Zukunft deshalb noch mehr Kinder vertrieben werden.

Der im vergangenen Jahr veröffentlichte Sechste Sachstandsbericht des Weltklimarats (IPCC) führt Belege für die Veränderungen bei Klima- und Wetterextremen zusammen und setzt sich auch mit den Folgen für Natur und Menschen auseinander. In Regionen, die besonders anfällig für Klimafolgen sind, darunter Afrika, Asien oder auch Zentral- und Südamerika, führte die Zunahme von Extremen bei Millionen von Menschen zu mitunter drastischen Einschnitten bei der Ernährungssicherheit und dem Zugang zu Wasser. Weltweit besonders stark gefährdet sind laut dem Bericht Kleinbauern, Indigene und einkommensschwache Haushalte. Es wird ebenfalls darauf hingewiesen, dass Kinder und Jugendliche besonders anfällig für posttraumatischen Stress nach extremen Wetterereignissen sind – teilweise mit Folgen bis ins Erwachsenenalter.

Klima- und Wetterextreme führen laut dem IPCC-Bericht auch immer häufiger zu Vertreibungen, insbesondere in Afrika, Asien und Nordamerika. Vertreibung und unfreiwillige Migration erzeugen oder verstärken sozioökonomische Verwundbarkeiten. Der IPCC weist außerdem darauf hin, dass Migration die Bildung von Kindern unterbrechen kann.

Neben Extremwetterereignissen können auch schleichende Veränderungen wie der Anstieg der globalen Mitteltemperatur oder die Versalzung von Böden dazu führen, dass Menschen sich gezwungen sehen, ihre Heimat zu verlassen. Wenn Ernteerträge durch veränderte Niederschlagsmuster oder den Verlust von Ackerflächen und Fischgründen immer geringer ausfallen, schauen Kinder hilflos zu, wie ihre Eltern verzweifeln. Wenn Anpas-



Mechthild Becker
ist Research Fellow am Zentrum für Klima und Außenpolitik der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP).



Dr. Abdullah Fahimi
ist Research Fellow am Zentrum für Klima und Außenpolitik der DGAP.

sungsmaßnahmen an Grenzen geraten, ist Migration eine Möglichkeit für Familien, ihren Lebensunterhalt zu sichern. Dies kann Familien auch trennen, wenn nur einzelne Familienmitglieder migrieren.

Bei schleichenden Umweltveränderungen ist es schwierig zu bemessen, welchen Anteil sie im Verhältnis zu anderen Faktoren haben, darunter soziale, ökonomische oder auch politische. Migration ist in der Regel ein multikausales Phänomen, auch im Kontext des Klimawandels. Klimafolgen können ein Faktor sein, warum Menschen gehen. Sie können aber auch andere Faktoren beeinflussen. Wenn Einkommen durch schwindende Ernteerträge geringer ausfallen, zeigt sich das Zusammenspiel mehrerer Faktoren.

Und natürlich muss man bedenken, dass manche Menschen nicht die Möglichkeit haben zu gehen. Denn: Migration braucht Ressourcen. Wer hilft denen, die keine Mittel haben zu entkommen, wenn die Lebensgrundlagen schwinden?

Die Kombination aus Klimafolgen und Konflikten kann Bevölkerungen bis zum Kollaps belasten

Klimafolgen als Konfliktverschärfer

Die genannten Zahlen zeigen: Konflikte und wetterbedingte Extreme zwingen Millionen von Kindern in die Flucht. Klimawandel und Konflikt sind jedoch nicht nur unabhängig voneinander zwei wesentliche Ursachen von Vertreibung, sondern stehen auch in einem komplexen Wirkungszusammenhang zueinander.

Klimafolgen, so der gegenwärtige Forschungsstand, führen nicht unmittelbar zu Konflikten, können vorhandene

Krisen und Konfliktkonstellationen aber verschärfen. Sie wirken als eine Art Risikomultiplikator und können – unter bestimmten Voraussetzungen – dadurch Konflikttreiber sein. Dies ist jedoch stark kontextabhängig. Zu den möglichen Voraussetzungen zählen laut Forschung ethnische Fragmentierung und politische Ausgrenzung von ethnischen Gruppen, eine große Bevölkerungszahl, aber auch ein niedriger Entwicklungsstand.

Viel beachtet wurden die Forschungsergebnisse von Nina von Uexkull und anderen aus dem Jahr 2016 zu den Zusammenhängen von Dürre und Konflikten in Afrika und Asien. Die Forschenden kamen zu dem Schluss, dass für Bevölkerungsgruppen in sehr armen Ländern, die von der Landwirtschaft abhängig sind oder politisch Ausgrenzung erfahren, Dürre die Wahrscheinlichkeit für anhaltende Gewalt erhöhe. Die Forschenden betonen die wechselseitige Beziehung beider Phänomene: Sowohl Dürre als auch Konflikt machen anfälliger für das jeweils andere Phänomen – ein Beispiel für den komplexen Wirkungszusammenhang von Klimafolgen und Konflikten.

In Ländern, die an vorderster Front der Klimakrise stehen und in denen Konflikte herrschen, kann man erhöhte Vulnerabilität folglich nicht ausschließlich auf Klimafolgen wie häufigere und schwerwiegendere Dürren zurückführen. Erhöhte Vulnerabilität kann auch Folge anhaltender Konflikte und Gewalt beziehungsweise das Resultat der komplexen und wechselseitigen Beziehung von Klimafolgen und Konflikten sein. Schlechte Infrastruktur und begrenzte Investitionen in Katastrophenvorsorge und Resilienz können so gleichzeitig Folgen von Konflikten und Ursachen für eine erhöhte Vulnerabilität gegenüber Konflikten und klimabedingten Risiken sein. Ein Teufelskreis, der Bevöl-

Bild nur in Printausgabe verfügbar

kerungen immer verwundbarer macht und interne sowie grenzüberschreitende Vertreibung verstärken kann.

Begrenzte Bewältigungsmechanismen

Wenn Klimafolgen Lebensgrundlagen bedrohen, kann der verschärfte Wettbewerb um natürliche Ressourcen und die Suche nach Bewältigungsmechanismen bestehende Spannungen verschärfen und den sozialen Zusammenhalt schwächen. Dies kann den Unmut gegen Regierungen verstärken, sie destabilisieren und die Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft belasten. Wenn aus politischen Spannungen bewaffnete Konflikte entstehen, sind Fluchtbewegungen nahezu unabwendbar.

Andererseits führen Konflikte häufig auch zu immensen Umweltschäden und zur Verschlechterung der Lebensgrundlagen und -bedingungen, was wiederum die Flucht als einzig verbleibende Option erscheinen lässt. Der Zerstörung von Le-

bensräumen und anderen ökologischen Schäden kann wenig entgegengesetzt werden, wenn staatliche Institutionen, die für den Umweltschutz zuständig sind, durch Kriegsfolgen geschwächt sind.

Gemeinschaften, die von Konflikten betroffen sind, haben in der Regel nur begrenzte Kapazitäten, um andere Krisen wie den Klimawandel zu bewältigen. Zudem zeigen Studien, dass Krisen- und Kriegsgebiete vergleichsweise weniger Klimafinanzierung erhalten und Gelder anderweitig ausgegeben und investiert werden. Dadurch fehlen in vielen Fällen die Möglichkeiten, Klimaschutzmaßnahmen zu ergreifen.

Es wird also deutlich: Die Kombination aus Klimafolgen und Konflikten kann Bevölkerungen bis zum Kollaps belasten, indem sie ihre Vulnerabilität verschlimmert, Armut noch vertieft und die Aussicht auf eine Verbesserung erschwert. Familien und ganze Gemeinschaften, deren Leben

oder Lebensgrundlagen durch Klimafolgen, Konflikte oder deren Zusammenwirken bedroht sind, verlassen dann oft ihre Heimat. Im Gepäck: die Hoffnung auf bewohnbare und sichere Orte und Perspektiven für die Kinder.

Das Beispiel Irak

Im Irak lassen sich die Verflechtungen von Klimawandel und Konflikten und deren Auswirkungen auf Vertreibung deutlich beobachten. Allein seit der Jahrhundertwende hat der Irak mehr als 20 Jahre ständiger bewaffneter Gewalt erlebt, darunter der von den Vereinigten Staaten angeführte Krieg zwischen 2003 und 2011 sowie die Konflikte nach 2011, insbesondere der Aufstieg des sogenannten Islamischen Staates. Die Doppelbelastung durch Klimawandel und Konflikte hat die Wirtschaft des Landes erheblich geschwächt, schwere Schäden an der Infrastruktur und der Umwelt verursacht und Millionen Menschen zur Flucht gezwungen.

Der Irak steht an vorderster Front der Klimakrise: Die Temperaturen im Land steigen schneller als im weltweiten Durchschnitt, es kommt häufiger zu schweren Dürren und Überflutungen wie den schweren Sturzfluten im Jahr 2018. Auch die Wüstenbildung schreitet voran und Sand- und Staubstürme nehmen zu. Schwere Wasserknappheit und andere klimabedingte Risiken zwingen Tausende irakische Familien dazu, entweder ein Haushaltsmitglied auf der Suche nach Einkommen an andere Orte zu schicken oder das Land ganz zu verlassen.

Nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration waren im März 2024 über 140 000 Menschen aus Provinzen im Zentral- und Südirak aufgrund von Klima- und Umweltfaktoren vertrieben worden – und damit fast doppelt so viele wie ein Jahr zuvor. Zwischen 2008 und

2023 gab es mehr als 230 000 Vertreibungen im Land infolge wetterbedingter Katastrophen, so Schätzungen des Internal Displacement Monitoring Centre.

Die anhaltenden Konflikte im Irak haben seit 2003 viele Menschenleben gefordert; die Zahl der Vertriebenen geht in die Millionen. Einem Bericht des Costs of War Project der amerikanischen Brown University zufolge hat allein der von den USA 2003 begonnene Krieg 9,2 Millionen Menschen vertrieben. Viele von denen, die zurückgekehrt sind, kämpfen mit unwürdigen Lebensbedingungen und der Sicherung ihrer Grundbedürfnisse.

Ökologischen Schäden kann wenig entgegengesetzt werden, wenn staatliche Institutionen, die für den Umweltschutz zuständig sind, durch Kriegsfolgen geschwächt sind

Daten des UN-Flüchtlingshilfswerks für 2023 zeigen, dass 1,2 Millionen Iraker immer noch Binnenvertriebene sind, die in informellen Siedlungen leben. Die Kinderarmutsrate beträgt dort laut UNICEF 55 Prozent, jedes dritte Kind ist anämisch. UNICEF berichtet, dass insgesamt drei Millionen Menschen im Irak, davon 1,3 Millionen Kinder, humanitäre Hilfe benötigen. Fast eine dreiviertel Million Kinder haben kein sauberes Trinkwasser und rund 600 000 Kinder verfügen über keinen Zugang zu Schulbildung.

Für heranwachsende Mädchen und junge Frauen, die von Gewalt, Ausbeutung

und Missbrauch bedroht sind, ist eine sichere Umgebung besonders wichtig. Die irakische Regierung verfügt nach jahrzehntelangen bewaffneten Konflikten jedoch nur über begrenzte Kapazitäten und ist angesichts der Herausforderungen der Klimakrise oft nicht in der Lage, Lösungen anzubieten oder grundlegende Dienstleistungen bereitzustellen.

Kinderrechte in Gefahr

Kinder brauchen besonderen Schutz, Stabilität und die Fürsorge ihrer Eltern und anderer Bezugspersonen, um sich gut entwickeln zu können. Bei Kindern auf der Flucht sind viele dieser elementaren Bedingungen jedoch gestört.

Mehr noch: Sie sind erheblichen Gefahren ausgesetzt. Es drohen Ausbeutung, sexuelle und körperliche Gewalt oder auch die Rekrutierung als Kindersoldaten. Besonders gefährdet sind unbegleitete Minderjährige. Auch die Anliegen von Mädchen auf der Flucht oder in Flüchtlingslagern brauchen besondere Aufmerksamkeit. Sie sind zusätzlichen Risiken ausgesetzt, etwa durch geschlechterbasierte sexuelle Gewalt oder Zwangsheirat.

Viele der in der UN-Kinderrechtskonvention festgehaltenen Rechte sind durch Flucht oder das Aufwachsen in fragilen Kontexten bedroht. Dies betrifft etwa das Recht auf Bildung, das laut Konvention darauf zielen sollte, „die Persönlichkeit, die Begabung und die geistigen und körperlichen Fähigkeiten des Kindes voll zur Entfaltung zu bringen“. Kinder auf der Flucht derart zu fördern, scheint unmöglich. Unterbrochene Bildungsbiografien können Kinder langfristig daran hindern, ihr Leben erfolgreich zu meistern.

Auch Gesundheit und der Zugang zu Gesundheitsversorgung sind wesentliche Rechte, die bei Kindern auf der Flucht eingeschränkt sind. Das kann schon im

Wie Friedensbemühungen kann die Klimakrise nur mit internationaler Zusammenarbeit gelöst werden

Mutterleib beginnen, wenn werdende Mütter schlechten Zugang zu vorgeburtlichen Untersuchungen haben. Insbesondere für Kleinkinder sind unzureichender Zugang zu sauberem Trinkwasser oder Mangelernährung hohe Risiken in Fluchtkontexten. Auch psychische Gesundheitsfolgen müssen berücksichtigt werden. Kinder in Krisen- und Kriegsgebieten sind einem hohen Maß an Stress ausgesetzt – psychologische Nothilfe steht im Krieg oder auf der Flucht allerdings nur selten zur Verfügung.

Flucht nach vorn

Kinder wachsen heutzutage in einer Welt multipler Krisen auf. Institutionelle Bewältigungskapazitäten kommen daher schnell an ihre Grenzen – vor allem in instabilen und krisenbehafteten Kontexten. Wenn dies zur Folge hat, dass Kinder flüchten müssen – sei es durch Klimafolgen, Konflikte oder deren Zusammenwirken –, werden sie plötzlich aus dem Leben herausgerissen, das sie bis dahin kannten. Das hat Folgen für ihr ganzes Leben.

Die Bekämpfung der Klimakrise als die globale Menschheitsaufgabe unserer Zeit scheint angesichts gegenwärtiger geopolitischer Spannungen ins Hintertreffen zu geraten. Doch genau wie Friedensbemühungen kann sie nur mit internationaler Zusammenarbeit gelöst werden. Die Kinder dieser Welt haben ein Recht darauf, dass die Erwachsenen ihre „Hausaufgaben“ erledigen. Mehr noch: Sie haben ein Recht darauf, mit Zuversicht in die Zukunft blicken zu können. **IP**